



# Elektronische Überwachung in der Führungsaufsicht

## Positionslichter 2011

Binz, 6. Mai 2011

Ministerialrat Heinz-Peter Mair  
Bayerisches Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

---



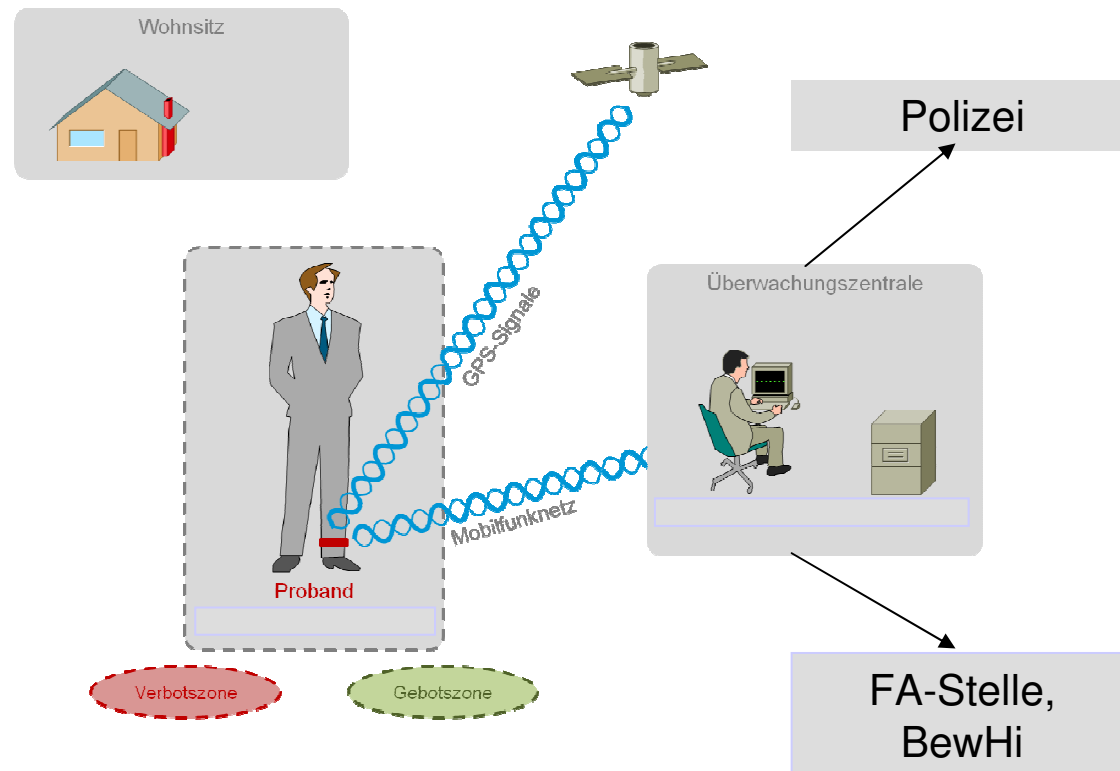
## Aufgabenstellung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung

- Überwachung aufenthaltsbezogener Weisungen
- Lokalisierung und Verfolgung des Probanden (Pb) im Alarm-/Gefahrfall
- Verwendung der registrierten Aufenthaltsdaten für Ermittlungen bei einer neuen schweren Straftat
- nicht: anlassunabhängige permanente Beobachtung



## Anforderungen

- regelm. Positionsbestimmung mit GPS (ergänz. LBS-Ortung)
- regelm. Übertragung an die Überwachungszentrale
- Speicherung der Daten in der Zentrale
- Definition von Gebots- und Verbotszonen
- Ereignismeldungen für Zentrale
  - Alarmierung bei Verstößen gegen Ge-/Verbotszonen
  - technische Störung
  - Manipulation
- Bewertung der Meldungen in der Zentrale
- Sprachverbindung zum Pb
- Weitergabe der Daten an Dritte (z.B. an Polizeieinsatzkräfte)
- Positionsbestimmung und Verfolgung des Pb in Echtzeit im Alarm-/Gefahrfall





## Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie

- technisch machbar
- technische Restriktionen (keine absolute Sicherheit)
- Vorteile:
  - ergänzendes Instrument zur Überwachung
  - Abschreckung vor neuen Straftaten
- hoher personeller und finanzieller Aufwand für die technische Infrastruktur und die Aufgaben in der Zentrale
- hoher Zeitaufwand für die Beschaffung und Einrichtung der technischen Lösung

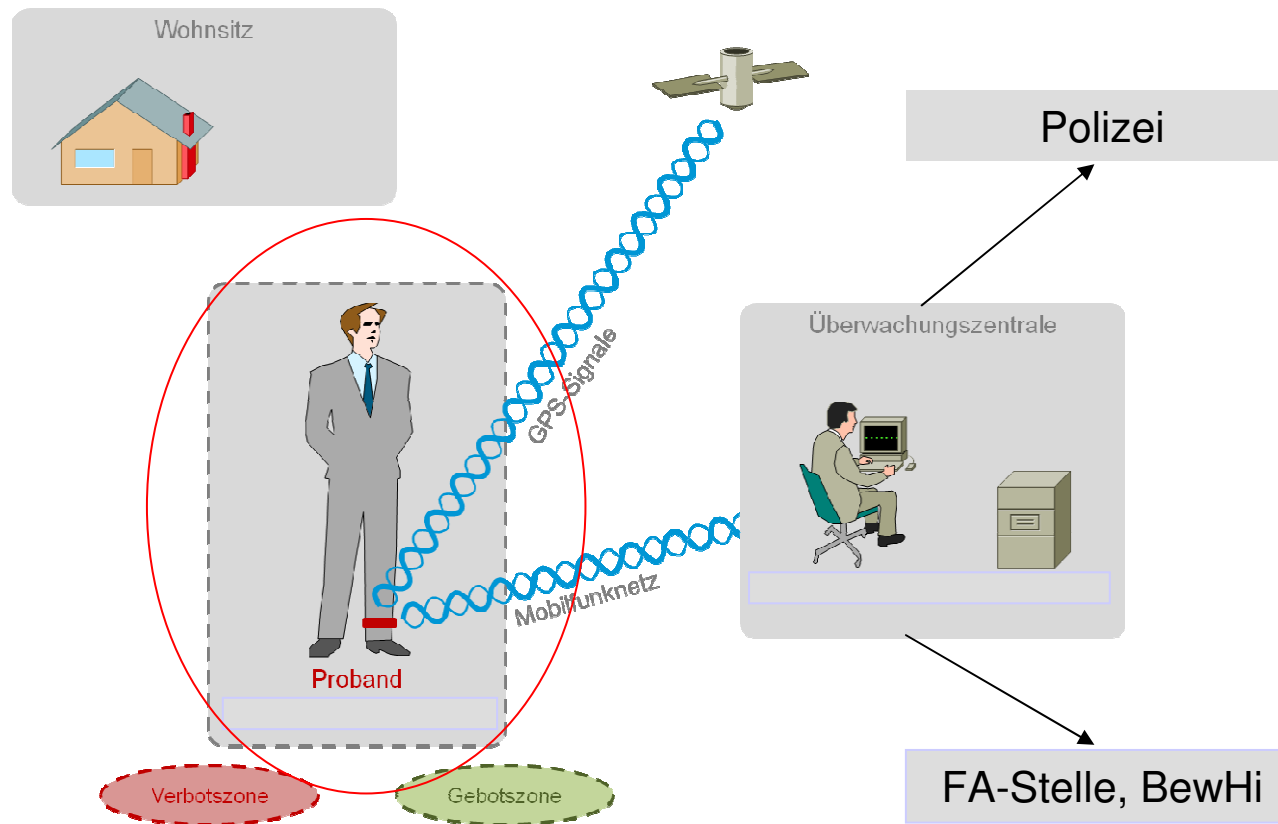


## Folgerungen

- Projekt wird in Angriff genommen
- Kooperation der Länder
- Grundlage: hessische Hausarrest-System
  - Aufrüstung der technischen Infrastruktur
  - Beauftragung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) mit den techn. Aufgaben (insb. technischer Betrieb der Zentrale)
- Konzept der LJVen Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und NRW
- Konzept auf Amtschefkonferenz im April 2011 grds. gebilligt



## Eckpunkte des Konzepts





## Fallkonferenzen

- Initiierung durch StA/Polizei
- Empfehlungen
  - Geeignetheit der Maßnahme für den Proband
  - individuelles Maßnahmenkonzept mit Weisungen (z.B. Gebots- bzw. Verbotzonen)
  - Grundlage des FA-Beschluss-Antrages der StA
- Handlungsanweisungen an die Zentrale (Meldewege, Reaktionen und Reaktionszeiten auf Alarm- oder Störungsmeldungen)
- möglichst Integrierung in Überwachungskonzepte (z.B. HEADS)





## Technische Ausstattung

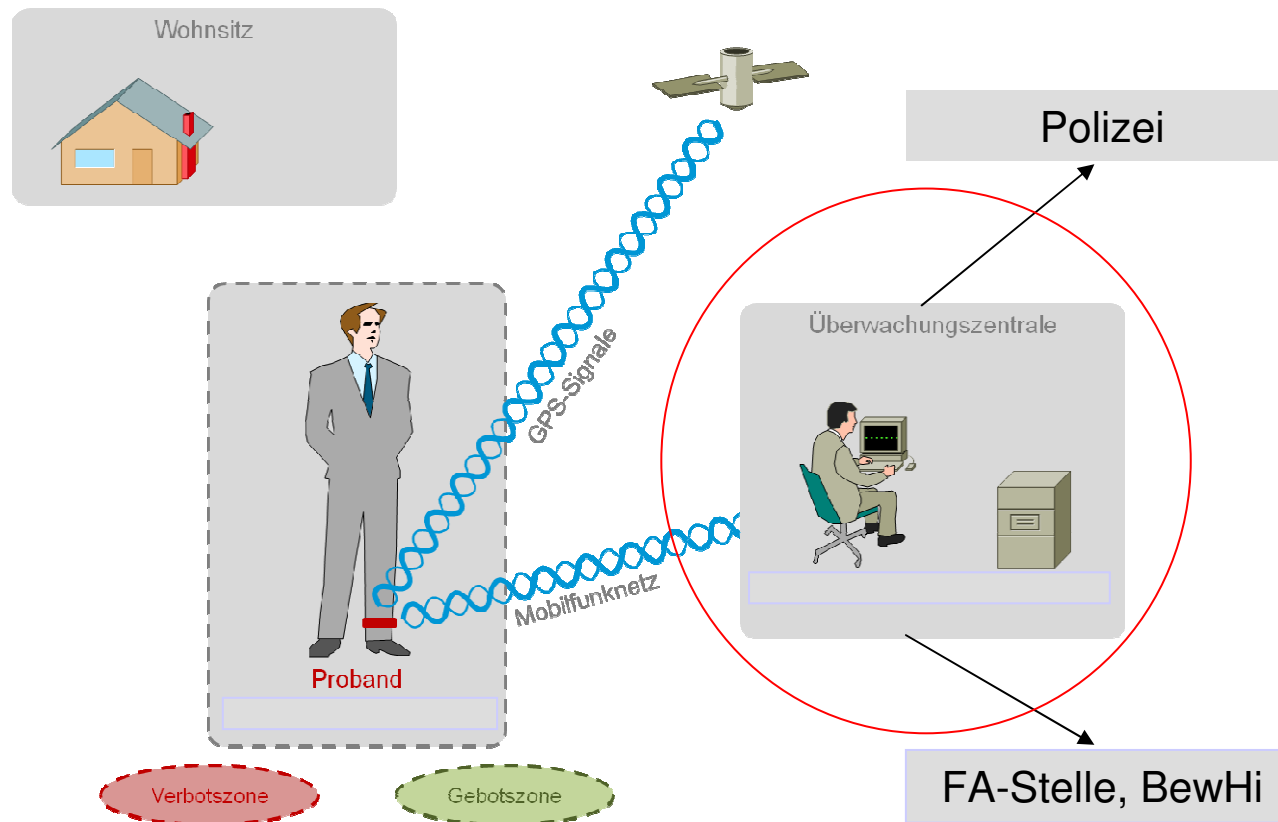
- Beschaffung durch die HZD
- Anlegen, Abnehmen und Austausch der Geräte grds. durch Land oder HZD in Zusammenarbeit mit externem Dienstleister (24/7-Schichtbetrieb)
- Rechtliche Belehrung: Justiz (z.B. JVAen, FA-Stellen)

**Elmo-Tech Ltd.**





## Eckpunkte des Konzepts





## Überwachungszentrale(n)

### Technische Überwachungszentrale

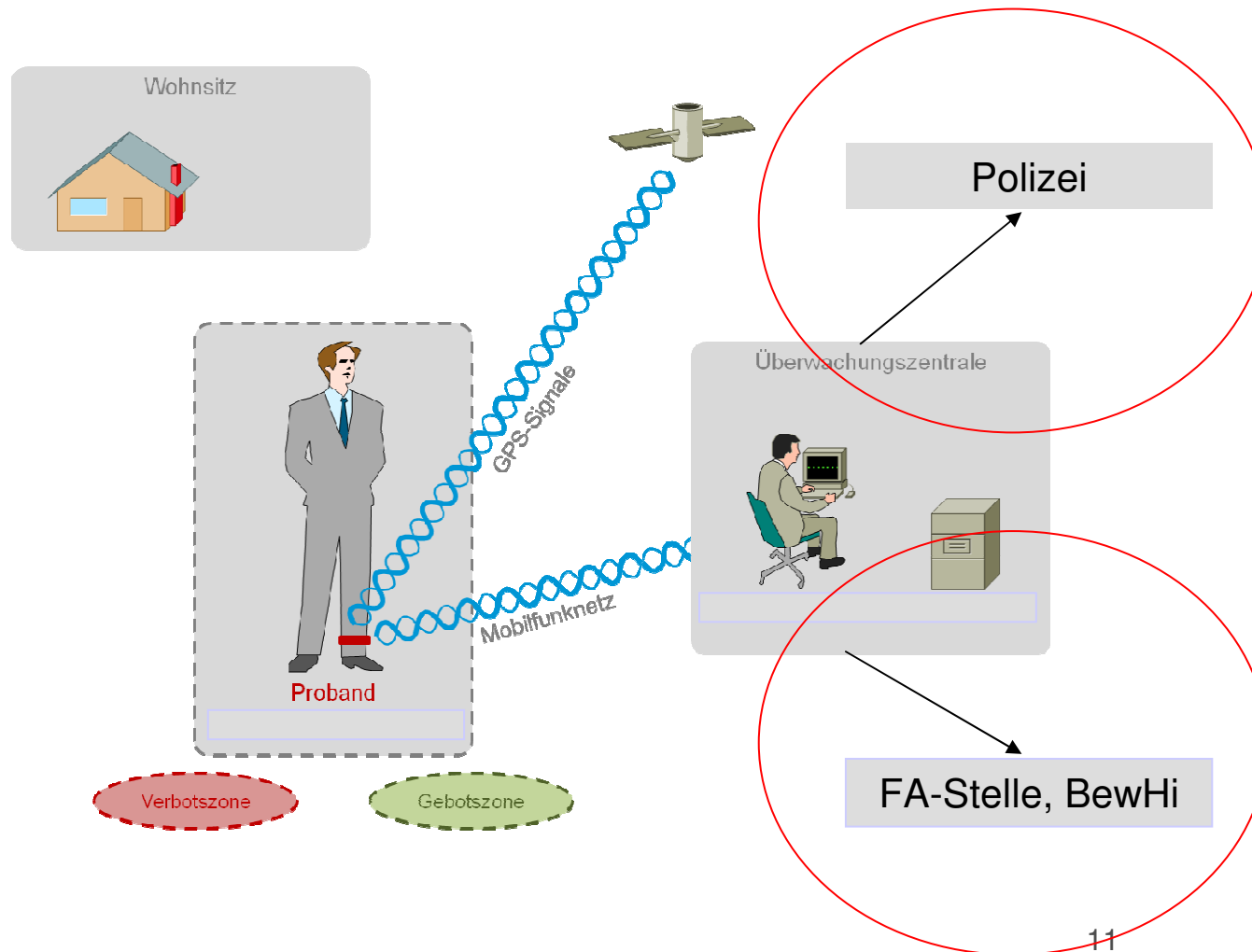
- HZD
- **technisches Monitoring**
  - Betrieb des technischen Systems
  - Störungsbeseitigung
  - Datenspeicherung
  - Weiterleitung der Ereignismeldungen an die GÜL
- 24/7-Schichtbetrieb
- Grundlage:  
Verwaltungsvereinbarung

### Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder (GÜL)

- **Gemeinsame IT-Stelle der hessischen Justiz (Bad Vilbel)**
- **fachliches Monitoring:**
  - Erstprüfung und -bewertung der Ereignismeldungen (Gefahr?)
  - Filterfunktion
  - Kontaktaufnahme zum Pb
  - Weiterleitung der Meldungen an Länderkontaktstellen Polizei/Justiz
  - Ansprechpartner für Pb
- Besetzung: FA-Stelle, JVA, Bewährungshilfe, Polizei
- 24/7-Schichtbetrieb
- Grundlage: Staatsvertrag



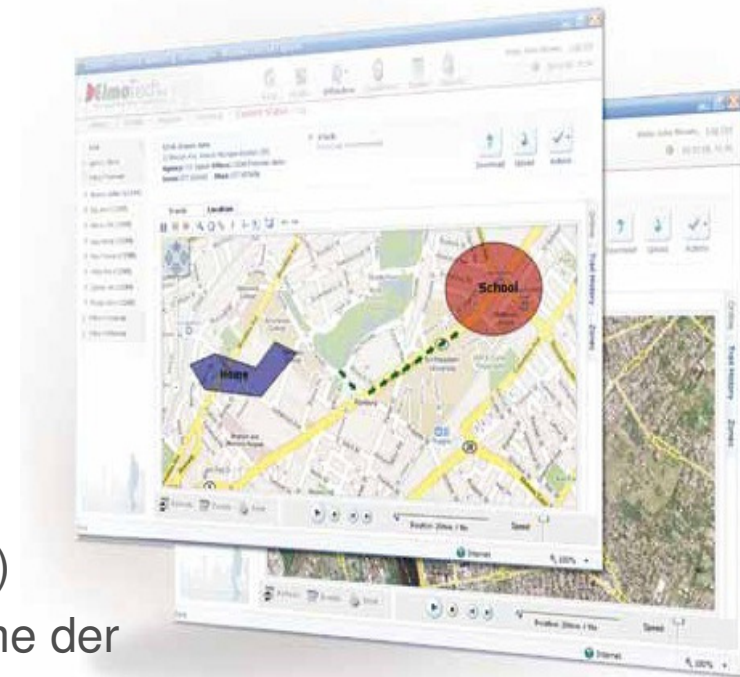
## Eckpunkte des Konzepts





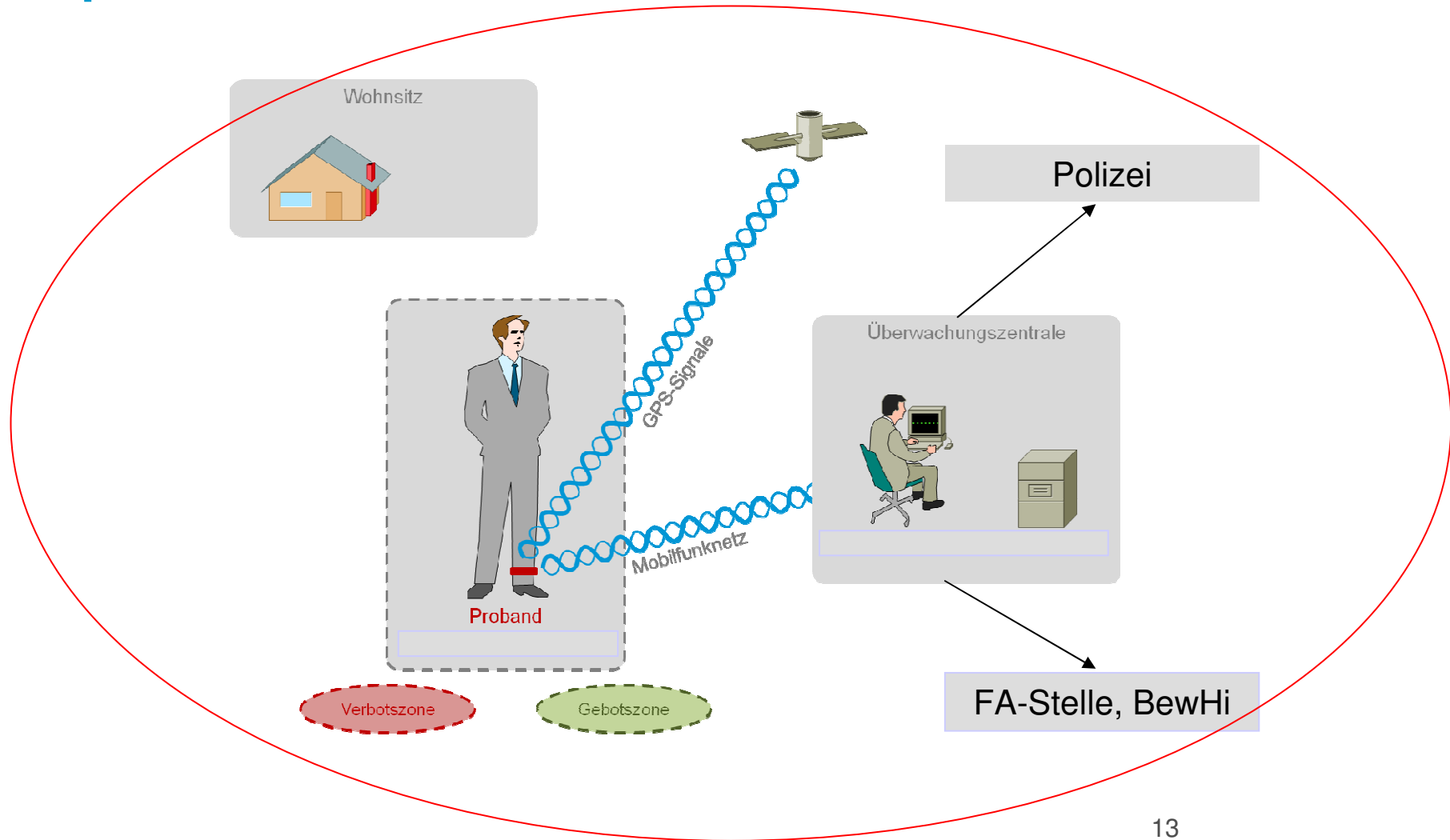
## Verständigung der Polizei/Justiz

- unverzügliche Unterrichtung der Polizei
  - im Alarm-/Gefahrfall
  - festgelegte Meldewege (gemäß Fallkonferenz)
- Online-Nutzung der Aufenthaltsdaten zur Positionsbestimmung und Verfolgung
  - kartenmäßige Darstellung des Bewegungsverlaufs des Pb
  - Umschalten auf System der HZD (1. Stufe)
  - Übernahme der Daten in Einsatzleitsysteme der Polizei (Ausbaustufe)
- Unterrichtung der FA-Stelle und Bewährungshilfe über Weisungsverstöße





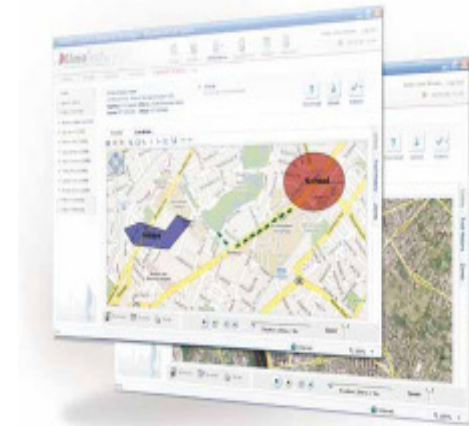
# Zeitplan





## Zeitplan

JuMiKo:	Mai 2011
Feinabstimmung:	ab Juni 2011
Test:	ab Sept 2011
Inkrafttreten Staatsvertrag:	Dez. 2011
Beginn Echtbetrieb (BY):	Jan 2012





**Vielen Dank für  
Ihre  
Aufmerksamkeit**

